



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen
Parlaments

Vorsitzende des
Unterausschusses für
Menschenrechte

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 08H160
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392

[barbara.lochbihler@
europarl.europa.eu](mailto:barbara.lochbihler@europarl.europa.eu)

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136

[eu-presse-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de)

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren
+49 172 8634544
+49 89 43597907

[wk-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:wk-lochbihler@gruene-europa.de)

Im Internet:

www.barbara-lochbihler.de

[www.facebook.com/
barbara.lochbihler](https://www.facebook.com/barbara.lochbihler)

www.twitter.com/lochbihler

Redaktion

Ali Al-Nasani, Raphael
Kreusch, Harald Sick, Wolf-
Dieter Vogel

RUNDBRIEF Nummer 1 28. Januar 2013

Themen in dieser Ausgabe:

Mali: ein umstrittener Militäreinsatz
Auf Reisen in der Türkei
Pinar Selek erneut verurteilt
BAG Frieden: Afghanistan-Mandat beenden!
Wasser ist ein Menschenrecht!
Mitmachen! Volksbegehren gegen Studiengebühren in
Bayern gestartet
Sacharow-Preis: Spannende Diskussion in Berlin
Freundliche Neujahrsempfänge
Veranstaltungen
Press Corner

Liebe Leserin, lieber Leser,

hier also mein erster Rundbrief im neuen Jahr. In Bayern kämpfen Studierende mit einer Volksbegehren-Initiative gegen Studiengebühren, die türkische Justiz will die kritische Autorin Pinar Selek zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilen und in der GRÜNEN Partei diskutieren wir angeregt über die Zukunft des Afghanistan-Einsatzes sowie die Intervention französischer Truppen in Mali. Einen kleinen Einblick in meinen lebendigen politischen Alltag gibt dieser Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Barbara Lochbihler



Mali: ein umstrittener Militäreinsatz

Nach Somalia, Afghanistan und Libyen stehen wir wieder vor dieser Frage: Kann der Kriegseinsatz europäischer Soldaten den Menschenrechten zur Geltung verhelfen? Und wieder drängt sich ein Gedanke auf: Warum reagiert die internationale Gemeinschaft erst, wenn das Kind längst in den Brunnen gefallen ist? Schon bei meinem Libyen-Besuch mit Claudia Roth im vergangenen Jahr wiesen uns unsere Gesprächspartner darauf hin, dass man die EU über den Waffenschmuggel islamistischer Gruppen Richtung Westafrika informiert habe. Offenbar vergeblich: Niemand hat damals eingegriffen. Heute sind die Organisationen so stark, dass sie nicht nur die Bevölkerung im Norden Malis terrorisieren, sondern dass vielleicht tatsächlich nur eine Unterstützung französischer Truppen ein Vorrücken der Islamisten in den Süden des Landes verhindern konnte.

Das völkerrechtliche Prinzip der Schutzverantwortung, auf dem die Einsätze beruhen, sieht drei Säulen vor: Prävention, Reaktion, Wiederaufbau. Die Maßnahmen zur Prävention wurden nicht zufriedenstellend umgesetzt, die militärische Reaktion könnte nun die schon bestehende Hungerkrise verschärfen, ganz sicher werden noch mehr Menschen flüchten. Schon jetzt zählt Mali 145.000 Flüchtlinge sowie 200.000 Binnenvertriebene, infolge des Krieges könnten 700.000 Menschen ihre Heimat verlassen müssen.

Eine vorausschauende EU-Außenpolitik sieht anders aus, doch nun gilt es, das Schicksal der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Dringend müssen Strukturen geschaffen werden, um den Flüchtlingen zu helfen. Hier muss die EU an erster Stelle tätig werden. Wie zivilgesellschaftliche Gruppen aus Mali unterstütze ich zudem das Bestreben, dass ein Dialog unter Einbezug aller gesellschaftlich relevanten Kräfte des Landes geführt werden muss, um einen breiten nationalen Konsens im Sinne sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklungschancen herzustellen.

Eine ausführliche Stellungnahme zu den Herausforderungen der Mali-Krise

findet sich auf meiner Webseite, meinen Kommentar für „Zeit-online“ kann man hier lesen: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-01/intervention-mail-deutschland>

Auf Reisen in der Türkei

Wenige Tage vor Weihnachten besuchte ich im Rahmen einer Delegationsfahrt des Menschenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments die Türkei. Zunächst trafen wir uns in Ankara mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, der Opposition und der Zivilgesellschaft. Mit ihnen sprachen wir in erster Linie über die Meinungs- und Pressefreiheit, die nicht wirklich unabhängige türkische Justiz und die Situation der kurdischen Bevölkerung. Politiker, Journalisten und Menschenrechtsverteidiger, die in Zusammenhang mit der kurdischen Bewegung gebracht werden, leiden in der Türkei besonders unter dem repressiven Vorgehen staatlicher Organe.

Obwohl die Regierung neue Gesetze auf den Weg gebracht und Behörden wie das Nationale Institut für Menschenrechte geschaffen hat, sind die Fortschritte in diesem Bereich bislang begrenzt. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan scheint eher daran interessiert zu sein, die Gewaltenteilung im Land einzuschränken. So hatte er sich jedenfalls im Dezember öffentlich geäußert. Gerade hinsichtlich einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei ist es zweifellos sehr wichtig, die Menschenrechtslage genau im Blick zu haben.

Der zweite Teil unserer Reise führte uns nach Gaziantep, einer Region an der Grenze zu Syrien. Dort besuchte ich das Flüchtlingslager Kilis und sprach mit



dem Gouverneur von Gaziantep. Ohne normales, um die Menschen zu Bürgerkrieg in die Türkei flüchten konnten. Men und Syrier mir gegenüber äußerten: keit der EU gegenüber dem Assad-

et ihr hier auf meiner Webseite:
[d/PDF_2013/Tuerkei](#)

**Zu Besuch bei syrischen Flüchtlingen,
Foto: EP**

Pinar Selek erneut verurteilt

Lebenslänglich für Pinar Selek. Wieder hat ein türkisches Gericht die

Soziologin, Schriftstellerin und Feministin verurteilt. Seit 14 Jahren kämpft sie gegen die haltlosen Vorwürfe, mit denen man sie hinter Gitter bringen will. Bereits dreimal wurde sie freigesprochen. Dass dennoch immer wieder ein neuer Prozess eröffnet wird, macht deutlich: Das Vorgehen gegen Pinar Selek ist politisch motiviert. Wie viele Oppositionelle kriminalisiert die türkische Justiz auch sie wegen ihres Einsatzes für die kurdische Bevölkerung und anderer Minderheiten. Regelmäßig werden in der Türkei Journalisten, Anwälte oder Professoren als Terrorsympathisanten stigmatisiert und strafrechtlich verfolgt, weil sie sich gegen das Regiment des konservativen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan stellen oder sich kritisch mit der Rolle des Staates im Kurdenkonflikt beschäftigen.

Auch bei einem Treffen mit der Türkei-Delegation des Europäischen Parlaments, bei dem Pinar Selek anwesend war, beschäftigte ich mich im Januar mit der vermeintlichen Unabhängigkeit der türkischen Justiz und dem Fall der Soziologin. Pinar Selek wird beschuldigt, 1998 an einem angeblichen Bombenanschlag beteiligt gewesen zu sein. Auch in aktuellen Verfahren, das am 25. Januar stattfand, hielten die Ankläger alte Ungereimtheiten aufrecht. Unter anderem ist immer noch nicht sicher geklärt, ob die Explosion überhaupt durch eine Bombe oder vielmehr durch ausströmendes Gas verursacht worden war. Vor allem aber wird Pinar Selek von einem Mann belastet, der gefoltert wurde und später seine Aussage widerrufen hat.

BAG Frieden: Afghanistan-Mandat beenden!

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Frieden der GRÜNEN hat sich am 12. und 13. Januar 2012 in Berlin getroffen und ausführlich über eine Empfehlung an die Bundestagsabgeordneten zum Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan diskutiert. Die Debatte war sachlich und informiert, am Ende sprach sich die BAG dagegen aus, dass die GRÜNEN-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier einer Mandatsverlängerung des Bundeswehreinsatzes zustimmen. Durch ein solches Mandat werde das Primat des Militärischen vor dem Zivilen fortgeschrieben.

Den gesamten Beschluss findet ihr hier: http://gruene-frieden.de/userspace/BV/bag_frieden/Dokumente/Beschlusse/130113_BAGen_Nord-Sued_Frieden_Afghanistan-Beschluss.pdf

Natürlich spielte auch die aktuelle Lage in Mali und die französische Militärintervention eine Rolle. Darüber hinaus besprachen wir die Themen, die im Laufe des Jahres von Bedeutung sein werden: moderner Pazifismus, Abrüstung, der Einsatz bewaffneter Drohnen und die Pläne zum Aufbau einer europäischen Armee.

Ganz besonders würde ich mich darüber freuen, wenn die BAG im November in Brüssel tagen sollte. Dann geht es um friedenspolitische Inhalte im Wahlprogramm zur Europawahl 2014!

Wasser ist ein Menschenrecht!

Seit Jahren versucht die EU-Kommission, die Auflagen für Kommunalverbände bei der Wasservergabe über Hintertüren so zu erhöhen, dass die Privatisierung als einfachere Lösung erscheint. Am 24. Januar billigte der zuständige Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament mit der neuen Konzessionsrichtlinie einen weiteren Versuch in diese Richtung. Auch Konservative und Sozialdemokraten stimmten für die Richtlinie. Wir GRÜNEN werden uns hingegen weiterhin mit aller Kraft gegen Gesetzesänderungen stemmen, die in erster Linie den Umsatz von Konzernen und Rechtsanwaltskanzleien steigern, den Interessen der Kommunen aber vollends widersprechen.

Wasser ist ein Menschenrecht! Und dennoch leben auch in Europa etwa zwei Millionen Menschen ohne Trinkwasser und Sanitärversorgung. Vielen Haushalten droht eine Liefersperre, weil sie ihre Wasserrechnung nicht mehr bezahlen können. Ich unterstütze deshalb die Europäische Bürgerinitiative

„Wasser ist ein Menschenrecht!“. Die EU muss sich stärker dafür einsetzen, dass Wasser und sanitäre Grundversorgung für alle, auch außerhalb der EU-Grenzen, garantiert sind. Noch immer werden Millionen von Menschen diese



Dienstleistungen vorenthalten. Wie man die Kampagne unterstützt? Einfach hier unterschreiben: <http://www.right2water.eu/de>

Mitmachen! - Volksbegehren gegen Studiengebühren in Bayern gestartet

Ein weit gefächertes Bündnis aus Parteien und Organisationen initiiert derzeit in Bayern das Volksbegehren „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen“. Vom 17. bis 30. Januar sind alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, sich in ihren Gemeinden für die Abschaffung der

Studiengebühren einzutragen. Sprechen sich zehn Prozent der Stimmberechtigten für das Volksbegehren aus, wird es zu einer Volksentscheidung kommen.

Bayern und Niedersachsen sind die letzten beiden verbliebenen Bundesländer, die noch Studiengebühren auf das Erststudium erheben. Doch anstatt ein System sozialer Ungerechtigkeit aufrecht zu erhalten, muss verstärkt von staatlicher Seite in die Bildung investiert werden. Daher gilt: „Ja zur Bildung,

Nein zu Studiengebühren!“ Weitere Infos: <http://volksbegehren-studiengebuehren.de/>

Sacharow-Preis: Spannende Diskussion in Berlin

Anlässlich der Verleihung des Sacharow-Preises für geistige Freiheit an die iranische Anwältin Nasrin Sotoudeh und ihren Landsmann, den Drehbuchautor, Regisseur und Produzenten Jafar Panahi, fand im Informationsbüro des EP in Berlin am 14. Dezember 2012 eine Veranstaltung statt, an der auch ich teilnahm. Das Podium war mit fünf Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besetzt, unter anderem diskutierten der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags Ruprecht Polenz, der ZDF-Journalist Kamran Safriarian und mein EP-Kollege Leonidas Donskis von der Liberalen Fraktion. Das Thema: die Lage im Iran. Das Interesse war groß, etwa 100

Abbildung 1 Foto: Iens Schicke

Interessierte kamen, um der Diskussion beizuwohnen. Wenn wir auch nicht alle

Einschätzungen teilten, waren wir uns doch in einem zentralen Punkt einig: In den Auseinandersetzungen mit dem Teheraner Regime darf nicht nur das Atomprogramm im Vordergrund stehen, auch die Menschenrechte müssen auf die Agenda.

Freundliche Neujahrsempfänge

Rund 50 Personen nahmen am 19. Januar an einem Neujahrsempfang teil, zu dem der GRÜNEN-Kreisverband Ostallgäu/Kaufbeuren und ich in unser gemeinsames Büro in Kaufbeuren eingeladen hatten. Auch vier Abgeordnete des bayerischen Landtags waren der Einladung gefolgt. Gut gelaunt diskutierten wir über Allgäuer und Brüsseler Themen.

Nach der Begrüßung des Kreissprechers Olaf Köster folgte ein Neujahrswunsch der Bezirksvorsitzenden Christl Kamm. Landeschefin Theresa



Abbildung 2v.l.n.r.: Ulla Schuster, ich, Theresa Schopper, Elfi Klein, Olaf Köster, Foto: Rolf Köhler

Schopper machte deutlich, dass die GRÜNEN im Allgäu gut aufgestellt sind. „Wir sind bereit für einen guten Wahlkampf“, betonte sie. Ich zeigte an vielen Beispielen auf, wie mein Alltag im Europäischen Parlament aussieht. Trotz meiner spannenden Erfahrungen in Brüssel, Straßburg und dem Rest der Welt bin doch immer wieder froh, ins Allgäu zu kommen.

Zu einem weiteren Neujahrsempfang luden mich die GRÜNEN Würzburg-Land nach Kürnach ein, und auch in Landsberg nahm ich auf Einladung des Kreisverbands an einem solchen Empfang teil. Auf beiden Veranstaltungen sprach ich über die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik und machte mich für eine menschenwürdige Unterbringung von Schutzsuchenden stark. Im Landsberger Café Mondial widersprach ich der gängigen Behauptung, dass auf dem Land per se alle Menschen rassistisch seien. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, wie viele Ehrenamtliche sich für Flüchtlinge einsetzen.

Veranstaltungen:

7. Februar: Menschenrechte in Iran, Veranstaltung zur Verleihung des Sacharow-Preises im Informationsbüro des Europäischen Parlaments in München, mit dem ZDF-Journalisten Kamran Safiarian und mir, Erhardstraße 27, 18 Uhr

Presscorner:

Menschenrechte: Vorwürfe gegen Deutschland und Italien, ein Beitrag der Deutschen Welle vom 25. Januar 2013: <http://www.dw.de/vorw%C3%BCrfe-gegen-italien-und-deutschland/a-16549538>

„Der stumme Schrei der Opfer: Kinderhandel und Kindesprostitution unter uns“ - [ein Beitrag des ARD-Magazins Report München vom 23. Januar](#)

„Gefahr für Europas Demokratie“ - [ein Artikel der Main-Post vom 19. Januar 2013](#)

„Menschen auf dem Land nicht rassistisch“ - [ein Artikel der Main-Post vom 19. Januar 2013](#)

„Bund soll Syrer aufnehmen“ - [Artikel der Bremer Nachrichten vom 24. Dezember 2012](#)

„Syrische Flüchtlinge haben Extremsituation zu ertragen“ - [ein Interview mit dem Deutschlandradio vom 21. Dezember 2012](#)

„Die syrischen Flüchtlinge sind praktisch im Nichts gelandet“ - [ein Artikel in den Nürnberger Nachrichten vom 22. Dezember](#)

„Strom der syrischen Flüchtlinge reißt nicht ab“ - [ein Artikel des Evangelischen Pressedienstes epd vom 22. Dezember 2012](#)

„Mehr als eine halbe Million Syrer auf der Flucht“ - [ein Artikel des epd vom 22. Dezember 2012](#)

„Bund soll Syrer aufnehmen / Lochbihler fordert Entscheidung von Regierung“ - [ein KNA-Beitrag im Weserkurier vom 22. Dezember 2012](#)

„Sorge um Syrer auf der Flucht“ - [ein Beitrag des epd vom 23. Dezember 2012](#)